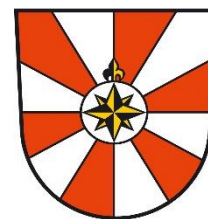


Gemeinde Schönefeld



mit den Ortsteilen Großziethen, Kiekebusch, Schönefeld, Selchow, Waltersdorf und Waßmannsdorf

Pressemitteilung 11/2023

Schönefeld, 01. Juni 2023

Entscheidung zur Schwimmhalle: Bad wird schnell teilsaniert

Im Sommer nächsten Jahres soll die Schwimmhalle „Schönefelder Welle“ nach Möglichkeit wieder für den Publikumsverkehr öffnen. Das ist das Ziel, das die Gemeindevertreter*innen mit dem Beschluss zur kurzfristigen Sanierung des Schwimmbades verbinden. Danach soll die Halle teilsaniert und das 25-Meter-Becken wieder für den Schwimm- und Schulbetrieb hergerichtet werden. Parallel wird untersucht, ob und inwieweit das Schwimmbad zu einem Freizeit- und Familienbad weiterentwickelt werden kann.

Daneben beschloss die Gemeindevertretung, die Verwaltung mit der Erstellung einer Wohnraumbedarfsanalyse als auch einem Energieentwicklungsplan zu beauftragen sowie zwei wichtige Radwegverbindungen auf den Weg zu bringen. Zudem wird die Gemeinde Schönefeld nach einem weiteren Beschluss der Gemeindevertreter*innen zukünftig mit den Nachbarkommunen Königs Wusterhausen, Wildau und Zeuthen unter der gemeinsamen Dachmarke „dahme_innovation“ agieren

Alle Beschlüsse der Gemeindevertretung vom 31.05.2023 im Überblick

Beschluss über die Erstellung einer Wohnraumbedarfsanalyse

| Ja | Nein | Enthaltungen | Befangenheit |
|----|------|--------------|--------------|
| 19 | 1 | 2 | 0 |

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Schönefeld hat die Verwaltung beauftragt, für die Gemeinde Schönefeld eine Wohnraumbedarfsanalyse zu erstellen. Darin sollen die Bedarfe analysiert und konkrete Handlungsvorschläge unterbreitet werden. Insbesondere sollen dabei auch die Bevölkerungs- und Preisentwicklungen im Bereich der Mietwohnungen und Eigenheime, als auch die Aus- und Wechselwirkungen auf die Planung und Errichtung von Einrichtungen der sozialen sowie Verkehrsinfrastruktur berücksichtigt werden. Ab spätestens 2024 soll regelmäßig Bericht erstattet werden.

Beschluss über die Beauftragung zur Erarbeitung eines Energieentwicklungsplans

| Ja | Nein | Enthaltungen | Befangenheit |
|-----------|-------------|---------------------|---------------------|
| 20 | 1 | 1 | 0 |

Per Beschluss durch die Gemeindevertretung ist die Verwaltung beauftragt, die Erstellung eines quartierssscharfen Energieentwicklungsplans für die Gemeinde in die Wege zu leiten. Dieser bildet den ersten Schritt auf dem Weg zu mehr Energieautonomie und Klimafreundlichkeit in der Gemeinde. Dazu soll zunächst die Bestandssituation analysiert als auch zukünftige Wärme- und Energiebedarfe in der wachsenden Kommune ermittelt werden. Darauf aufbauend sollen Wärmenetze, wie Photovoltaik- oder Windkraftanlagen sowie kommunale Wärmewendestrategien entwickelt werden.

Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplans 01/23 „Gewerbegebiet Waltersdorf-Nord“, Ortsteil Waltersdorf

| Ja | Nein | Enthaltungen | Befangenheit |
|-----------|-------------|---------------------|---------------------|
| 22 | 0 | 0 | 0 |

Die Gemeindevertretung hat die Aufstellung eines Bebauungsplanes 01/23 für das Gewerbegebiet Waltersdorf-Nord beschlossen. Dort hat der Firmenverbund Eurovia Industrie GmbH/Lausitzer Grauwacke GmbH/ROBA Transportbeton GmbH seinen Standort und betreibt vor Ort Gewerbe im Bereich der Baurohstoffindustrie mit Recycling und Umschlag von Rohstoffen. Ursprünglich plante der Verbund eine Verlegung seines Standorts im Gemeindegebiet, fand aber keine geeignete Alternative. Das Gelände ist südlich der Schienenanbindung Ost des Flughafens BER gelegen. Im Planfeststellungsbeschluss ist gefordert, einen auf dem Betriebsgelände verlaufendes Gleis, über das Baumaterialien angeliefert werden, zu optimieren. Das Anschlussgleis soll an die ebenfalls vor Ort verlaufende Bahntrasse verlegt werden. Daraus resultiert eine notwendige Anpassung der Ladestraße, über die die Waggons be- und entladen werden. Diese ist nicht Bestandteil des Planfeststellungsbeschlusses. Auch planen die Unternehmen, das Areal grundsätzlich neu zu ordnen. Um die notwendigen baulichen Anpassungen realisieren zu können, muss ein entsprechendes Bauplanungsrecht geschaffen werden. Der Firmenverbund hat sich bereit erklärt, das Verfahren für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan durchzuführen als auch die Kosten dafür zu tragen.

Beschluss über die Abwägung zum Bebauungsplan 02/22 „Gewerbepark am Airport – Teilgebiet Ost“, Ortsteil Waßmannsdorf

| Ja | Nein | Enthaltungen | Befangenheit |
|-----------|-------------|---------------------|---------------------|
| 22 | 0 | 0 | 0 |

Beschluss über die Satzung zum Bebauungsplan 02/22 „Gewerbepark am Airport – Teilgebiet Ost“, Ortsteil Waßmannsdorf

| Ja | Nein | Enthaltungen | Befangenheit |
|-----------|-------------|---------------------|---------------------|
| 22 | 0 | 0 | 0 |

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Schönefeld hat die Abwägung zum Bebauungsplan 02/22 „Gewerbepark am Airport – Teilgebiet Ost“ in Waßmannsdorf gebilligt und die Satzung zum Bebauungsplan beschlossen. Damit können nunmehr vor Ort die Pläne für einen Campus mit Privat-Uni, Büros, Hotel, Gastronomie und Parkhaus wie vorgesehen realisiert werden.

Beschluss über die Bildung eines Unterausschusses „Vergabe Stipendien“ des Ausschusses für Bildung, Soziales, Kultur und Sport

| Ja | Nein | Enthaltungen | Befangenheit |
|----|------|--------------|--------------|
| 22 | 0 | 0 | 0 |

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Schönefeld hat beschlossen, zur Vergabe von Stipendien der Evangelischen Schule Schönefeld (Gymnasium) einen Unterausschuss „Vergabe Stipendien“ des Ausschusses für Bildung, Soziales, Kultur und Sport zu bilden. Entsprechend der Richtlinie zur Vergabe von Stipendien der Schule ist die Bildung eines solchen Ausschusses erforderlich. Mit Beschluss der Gemeindevertretung zur Neubildung/Neubesetzung der freiwilligen Ausschüsse der Gemeindevertretung im vergangenen Jahr (BV/011/2022) war der bis dato bestehende Unterausschuss „AG Stipendien“ des ehemaligen Bildungs- und Sozialausschusses entfallen. Um auch ab dem Schuljahr 2023/2024 Stipendien vergeben zu können, musste die Gemeindevertretung nach § 12 Abs 1 der Hauptsatzung hierfür einen neuen beratenden Ausschuss bilden.

Beschluss über die Sanierung und Planung der Erweiterung der Schwimmhalle „Schönefelder Welle“

| Ja | Nein | Enthaltungen | Befangenheit |
|----|------|--------------|--------------|
| 18 | 1 | 2 | 0 |

Die Schwimmhalle „Schönefelder Welle“ soll nach dem Beschluss der Gemeindevertreter*innen möglichst schnell saniert und für den Schwimmbetrieb wiederhergerichtet werden. Dazu müssen die Wände und Böden abgerissen und erneuert werden. Auch die Schwimmbadtechnik wird im Zuge der Arbeiten überprüft. In das 25-Meter-Schwimmbecken wird ein Hubboden integriert, der in einem Teilbereich eine variable Wassertiefe ermöglicht. Damit soll es auch Nichtschwimmern möglich werden, das Becken zu nutzen. Der Kinder- und Nichtschwimmerbereich wird abgetrennt und bleibt für den Publikumsverkehr gesperrt. Die Kosten für die Sanierung belaufen sich auf rund drei Millionen Euro. Es soll ein Projektsteuerer eingesetzt und zur Überwachung der Arbeiten eine zusätzliche Instanz beauftragt werden.

Beschluss über die Beteiligung der Gemeinde Schönefeld an einer gemeinsamen Dachmarke für die Region

| Ja | Nein | Enthaltungen | Befangenheit |
|----|------|--------------|--------------|
| 21 | 0 | 0 | 0 |

Die Gemeinde Schönefeld wird sich nach dem Beschluss der Gemeindevertretung dem Zusammenschluss der Kommunen Königs Wusterhausen, Wildau und Zeuthen sowie

ansässiger Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen der Region unter der Dachmarke „dahme_innovation“ anschließen. Die gemeinsame Dachmarke soll dazu genutzt werden, eine gemeinsame Standortentwicklung und ein gemeinsames Standortmarketing zu betreiben. Für die Beteiligung ist ein jährlicher Betrag in Höhe von 5.000 Euro an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Dahme-Spreewald zu entrichten.

Beschluss über die Aufstellung einer Vorschlagsliste von Schöff*innen in der ordentlichen Gerichtsbarkeit für die Amtsperiode 2024-2028

| Ja | Nein | Enthaltungen | Befangenheit |
|----|------|--------------|--------------|
| 21 | 0 | 0 | 1 |

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Schönefeld hat der von der Verwaltung vorgelegten Vorschlagsliste von Kandidat*innen für die anstehende Schöff*innen-Neuwahl zugestimmt. Die Liste umfasst insgesamt 38 Frauen und Männern, die sich für die Amtsperiode 2024 bis 2028 als ehrenamtliche Richter*innen beworben haben. In Anlehnung an die Zahl der Einwohnenden der Gemeinde Schönefeld sind mindestens 16 Personen in die Vorschlagsliste aufzunehmen. Aus dem Bewerberkreis werden durch den Schöffenwahlausschuss beim AG Königs Wusterhausen insgesamt 8 Schöff*innen ausgewählt.

Beschluss über den Ausbau des Runway 3 Süd auf gesamter Planungslänge

| Ja | Nein | Enthaltungen | Befangenheit |
|----|------|--------------|--------------|
| 21 | 0 | 1 | 0 |

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Schönefeld hat sich für einen zügigen Ausbau des derzeit noch unbefestigten Teilstücks des Runway 3 südlich des Flughafens BER ausgesprochen. Zuletzt war darüber diskutiert worden, ob die Gemeinde auch einen zugehörigen etwa 1,6 Kilometer langen Abschnitt realisiert, der sich mit dem geplanten Radschnellweg überlagert, den der Landkreis Dahme-Spreewald zwischen Königs Wusterhausen und Schönefeld bauen will. Da bislang unklar ist, ob und wann die Planung umgesetzt wird, hat sich die Gemeinde dazu entschlossen, das Teilstück mitzubauen. Die Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH hat sich bereit erklärt, als Dienstleister der Gemeinde die Bauherrenfunktion zu übernehmen.

Beschluss über eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung bezüglich des Baus einer Radwegeverbindung von der Kleinziethener Straße – B96 nach Mahlow

| Ja | Nein | Enthaltungen | Befangenheit |
|----|------|--------------|--------------|
| 22 | 0 | 0 | 0 |

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Schönefeld hat dem von der Nachbargemeinde Blankenfelde-Mahlow beabsichtigten Bau einer Radwegeverbindung zwischen der Kleinziethener Straße im Ortsteil Mahlow und dem parallel zur B96 verlaufenden Radweg in der Gemarkung Großziethen zugestimmt. Dazu schließen beide Seiten eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung, da von der Ausführung auch ein kommunales Flurstück der Gemeinde Schönefeld betroffen ist und es einer rechtlichen Regelung im Sinne einer Bauerlaubnis des Eigentümers bedarf.

Beschluss über die Neuberufung eines sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Entwicklung

| Ja | Nein | Enthaltungen | Befangenheit |
|-----------|-------------|---------------------|---------------------|
| 22 | 0 | 0 | 0 |

Die Gemeindevertreter*innen haben Herrn Lukas Fahrenbruch mit Wirkung zum 1. Juni 2023 als Sachkundigen Einwohner in den Ausschuss für Entwicklung berufen. Die Berufung erfolgt auf Vorschlag der Fraktion CDU / Alle für Eine. Vorausgegangen war ein Mandatsverzicht des Gemeindevertreters Martin Wille zum 31.05.2023. Für ihn rückt der bisherige Sachkundige Einwohner im Entwicklungsausschuss Andreas Wunsch in die Gemeindevertretung nach. Folglich musste die Stelle als Sachkundiger Einwohner neu besetzt werden.

Pressekontakt:

Solveig Schuster
Hans-Grade-Allee 11
12529 Schönefeld
Tel. 030 / 536720-903
E-Mail: s.schuster@gemeinde-schoenefeld.de